



Gesundheitsamt

Stadt Dortmund

44122 Dortmund

4. Nordrhein-Westfälischer Kooperationstag

„Sucht und Drogen“ 2007

Workshop 9

Kooperation notwendig! Zusammenarbeit von Drogenhilfe
und Jugendhilfe

Sozialpsychiatrischer Dienst

Eisenmarkt 3

E 105

Birgit Castonguay

Tel. 0231 50-23609

Fax 0231 50-26540

bcastong@stadtdo.de *

10.09.2007

Teil 1

Historischer Abriss des Aufbaus von Hilfen für Kinder drogenabhängiger Eltern und Vernetzung der beteiligten Institutionen aus der Praxis (Dortmund)

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Jahre, bevor uns die tragischen Ereignisse der toten Kinder wie Kevin K. aus Bremen, der im Alter von zwei Jahren im Oktober 2006 verwest im Kühlschrank aufgefunden wurde oder Leon (10 Monate), der an Folgen von Verwahrlosung starb, bekannt wurden, wurde in Dortmund bereits ein Hilfesystem für Kinder drogenabhängiger Eltern auf die Beine gestellt.

Unter anderem auf Initiative des Vereins zur Prävention und Rehabilitation von Suchterkrankungen e.V. (PUR) - in dem sich zahlreiche substituierende Ärzte zusammenschlossen haben, wurde darauf aufmerksam gemacht, dass durch die Zunahme der Substitutionsbehandlung für Opiatabhängige eine Zunahme der Fertilität der drogenabhängigen Frauen erfolgte. Sowohl prä- wie auch peri- und postnatal traten zunehmend Probleme auf, sowohl was den Gesundheitszustand der Kinder wie auch die Erziehungskompetenz der häufig alleinstehenden Mütter bzw. der Eltern betraf.

Sie können mit uns sprechen:

Sie erreichen uns :

Im Internet unter:

Unsere Bankverbindung:

montags bis mittwochs 8.00 - 12.00 / 13.00 - 15.30 Uhr, donnerstags bis 17.00 Uhr

freitags 8.00 - 12.00 Uhr und nach Vereinbarung

mit allen Stadtbahnlinien Haltestelle Stadtgarten und mit der S - Bahn Bhf. Stadthaus

www.dortmund.de

*Unverschlüsselte E-Mail kann auf allen Internetstrecken unbefugt mitgelesen und verändert werden.

Sparkasse Dortmund (BLZ 440 501 99) Konto Nr. 001 124 447

Am 16.09.1998 lud der damalige Psychiatriekoordinator des Gesundheitsamtes Herr Schulte-Kemna zu einem ersten Arbeitstreffen ein, bei dem der Hilfebedarf von Kindern drogengebrauchender Eltern erörtert und festgestellt werden sollte. Ansprechpartner waren sowohl die

Kinderklinik Neuropädiatrie,
Elisabeth-Kinderklinik,
diverse Grundschulen sowie das Schulamt,
der Verein PUR e.V.,
die ärztliche Beratungsstelle gegen Vernachlässigung und Misshandlung e.V.,
die Mitternachtsmission,
die Drogenberatungsstelle des DPWV sowie der
Fachbereich Drogen des Gesundheitsamtes,
die LWL Klinik Aplerbeck ,
die niedrigschwelligen Kontaktcafes der Drogenhilfe,
die Familienfürsorge des Sozialamtes ,
das Jugendamt vertreten durch die Abteilung für Kindertageseinrichtungen ,
Abteilung für erzieherische Einzelhilfen ,
der Psychologische Beratungsdienst der Stadt Dortmund,
die stellvertr. Leitung des Gesundheitsamtes,
der Sozialmedizinische Dienst des Gesundheitsamtes,
der Sozialpsychiatrische Dienst ,
das Projekt“ Therapie sofort“,
die Frauenklinik,
die Beratungsstelle für Aids des Gesundheitsamtes sowie
die Kinderklinik .

Im ersten Teil der Veranstaltung stellten sich die Teilnehmer und ihre Institutionen den anderen kurz vor (was hier bereits den Anfang einer Vernetzung bildete) sowie welche Probleme sie im Rahmen ihrer Arbeit mit den drogengebrauchenden Eltern und ihren Kindern für besonders gravierend hielten.

Die beschriebenen Probleme ließen sich in etwa drei Bereiche zuordnen

1. Probleme der drogengebrauchenden Eltern
2. Probleme der exponierten Kinder
3. Probleme im institutionellen Bereich sowie in fehlender Kooperation zwischen den Institutionen

Konsens bestand darin, dass der elterliche Drogengebrauch einen stark negativen Einfluss auf die psychosoziale Entwicklung der exponierten Kinder haben kann. Dieser Einfluss bezieht sich vor allem auf die drei folgenden Aspekte

1. Den Kindern fehlt es an der notwendigen körperlichen Versorgung und Zuwendung.

...

2. Die sozioemotionale und kognitive Entwicklung wird vernachlässigt, behindert oder verzögert.

3. Diese Kinder weisen häufiger als andere Kinder Entwicklungsretardierungen und / oder ein hyperkinetisches Syndrom sowie aggressive Störungen auf und sind somit in der Erziehung ungleich schwieriger. (Beobachtungen aus der Praxis, die durch eine Studie von Arnold und Steier von 1997 untermauert wurden)

Die Probleme der Eltern wurden vorwiegend beschrieben als:

Angst vor dem Jugendamt,

Verweigerung von Hilfen,

Rückzug von Hilfsangeboten,

fehlende Unterstützung in der Gestaltung der Elternrolle,

fehlende Angebote/fehlende Orte für Eltern und ihr Kinder

Im institutionellen Bereich wurden fehlende Kooperationsformen zwischen Jugendamt, Sozialamt, niedrigschwelliger Drogenhilfe, Streetworkern des Jugendamtes, substituierenden Ärzten etc. bemängelt.

Hilfsangebote der jeweiligen Einrichtungen waren zum Teil unbekannt. Zudem wurde die mangelnde Erreichbarkeit der Hilfesysteme nachts und am Wochenende bemängelt.

Im Anschluss an das erste Treffen wurden Verabredungen zur **Weiterarbeit** getroffen.

1. Das Jugendamt lud das Gesundheitsamt und die Kinderklinik zu einem Abstimmungsgespräch über die Hilfsmöglichkeiten für drogengebrauchende Mütter und ihre Kinder unmittelbar nach der Geburt und in den ersten Lebensmonaten ein.

2. PUR führte mit Beteiligung des Jugendamtes und der jeweiligen Drogenhilfe eine Aufklärungsveranstaltung über die besondere Problematik drogengebrauchender Eltern und ihrer Kinder für verschiedene Facharztgruppen, insbesondere für Kinderärzte und Gynäkologen durch.

3. Das Gesundheitsamt plante eine weitere Veranstaltung zum Thema deren Schwerpunkte u.a. waren:

Neugeborenenentzug (neonatales Abstinenzsyndrom),

Drogenbrauch und Substitution in der Schwangerschaft,

Modelle aus anderen Städten, z. B. Iglu in Hannover,

Angebote von Drogenentzug für Eltern und Kinder.

4. Im Nachgang zur Veranstaltung verabredeten das Gesundheitsamt

,sozialpsychiatrischer Dienst und Mitarbeiter der Drogenhilfe einen weiteren Austausch zum Thema auf der Praxisebene zwischen DROBS, Kontaktcafes, den Streetworkern und der VSE.

In den ersten Treffen ging es vorrangig um den **Umgang mit der Schweigepflicht der eigenen Klienten** und der Verantwortlichkeit gegenüber den Kindern in der eigenen

...

Arbeit. **Konsens** konnte dahingehend erreicht werden, dass die **“akute Gefährdung des Kindeswohls“** ein **höherwertiges Rechtsgut** darstellt. Somit sind die Mitarbeiter der Drogenhilfe nicht an die Schweigepflicht gebunden, wenn sie eine **dringende Gefahr für das Wohl des Kindes** erkennen sei es durch Mitteilung Dritter (andere Klienten, Angehörige , Nachbarn, Polizeieinsatzberichte etc.) und / oder Fälle in denen die betroffenen Eltern alle Hilfen ablehnen. Diese Abwägung der Rechtsgüter brachte eine wesentliche Handlungssicherheit im Umgang mit Meldungen an das Jugendamt.

In den folgenden Jahren fanden regelmäßige Arbeitstreffen zwischen den Vertretern von PUR , den Städt. Kinderkliniken , Mitarbeitern des Jugendamtes, Mitarbeitern der Drogenhilfe sowohl aus dem niedrigschwelligen wie hochschwelligen Bereich, den Bezirkskrankenschwestern des Gesundheitsamtes etc. statt.

In diesem Arbeitskreis wurden **Problemanzeigen** mit den jeweiligen Hilfesystemen erarbeitet um ein tragfähiges Kooperationsnetz auszuarbeiten, in dem jeder Beteiligte auch Fallverantwortung mitträgt. Ein Ziel ist es „Löcher bzw. Lücken im System“ aufzuspüren.

Als ein Prozessergebnis dieses Arbeitskreises wurden **Checklisten** zum Thema Drogenabhängigkeit und Schwangerschaft aus Sicht der jeweiligen Hilfesysteme erarbeitet, um in der Arbeit eine einheitliche Vorgehensweise und Darstellung der eigenen Arbeitsschritte vorzustellen (die jeweiligen Checklisten liegen in Kopie aus). So wurden Checklisten erarbeitet für:

- die substituierende ÄrzteInnen und GynäkologeInnen,
- die aufsuchende Elternberatung des Gesundheitsamtes,
- der Kinder- und Jugendmedizin im Klinikum Dortmund GmbH
- die Drogenhilfe (DROBS) Schwanenwall, Gesundheitsamt hier: Sozialpsychiatrischer Dienst, Fachbereich Drogen, die Sozialarbeiter des Vereins PUR.

Des Weiteren wurden Unterstützungs- und Flankierungsangebote für drogenabhängige Eltern mit Kindern angefangen und ausgebaut. Hierzu zählt das Mutterunterstützungstraining (kurz MUT genannt), der neueingerichtete Müttertreff im Probsteihof, die Frühförderung seitens der Städt. Kliniken, der Ausbau der aufsuchenden Elternarbeit durch die Bezirkskrankenschwestern des Gesundheitsamtes, die Aufstockung der sozialpädagogischen Familienhilfen durch das Jugendamt.

Innerhalb des Jugendamtes wurden umfangreiche Fortbildungen auch für die Sozial- und Jugendhilfedienste durchgeführt.

...

Am 1.10.2005 trat der § 8a SGB VIII des Kinder- und Jugendhilfweiterentwicklungsgesetzes, kurz Kick genannt, der den Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung betrifft, in Kraft.

Am 30.03.2007 wurde ein entsprechender Kooperationsvertrag zwischen den jeweiligen Institutionen der Drogen- und Jugendhilfe geschlossen

Mittlerweile wird die Arbeit dieses Arbeitskreises auch durch die Leitungsebene aller beteiligten Ämter und Kliniken mitgetragen.

Birgit Castonguay